

Positionspapier des VBE Bundesvorstandes

Für einen Digitalpakt 2.0

Investitionen in Schulen sind Investitionen in unsere Zukunft. Denn Schulen sollen künftige Generationen darin befähigen, die Welt von morgen verantwortungsbewusst und engagiert zu gestalten. Inwieweit Schulen ihrem gesellschaftlichen Auftrag gerecht werden können, hängt maßgeblich von ihrer Infrastruktur und Ausstattung, ihrem Schul- und Lernkonzept sowie der Qualifizierung von ausreichend Lehrkräften und Personal ab. Und davon, ob sie mit der digitalen Welt Schritt halten und die Schülerinnen und Schüler befähigen, sich souverän und selbstbewusst in ihr zu bewegen.

Schulen in der digitalen Welt brauchen daher:

- eine funktionsfähige, nachhaltige technische Infrastruktur inklusive professioneller Administration, Wartung und Support,
- ein digitales Schulentwicklungskonzept, das den pädagogisch sinnvollen Einsatz digitaler Lehr- und Lernmaterialien garantiert,
- und eine Lehrkräftequalifizierung zu digital gestützten und innovativen Unterrichtskonzepten sowie Digitalisierungsthemen.

Mit dem DigitalPakt Schule haben Bund und Länder erste Weichen gestellt und seit 2019 insgesamt mehr als fünf Milliarden Euro zur Digitalisierung von Schulen zur Verfügung gestellt. Rund 20.000 Schulen konnten seitdem ihre Netzanbindung verbessern, ihre Gebäude mit WLAN ausleuchten und mobile Endgeräte anschaffen. Mit den Zusatzvereinbarungen, welche während der Corona-Pandemie beschlossen wurden, wurden weitere 1,5 Milliarden Euro vom Bund bereitgestellt, die u.a. für Leihgeräte für Lehrkräfte genutzt wurden.

Eines der zentralen Vorhaben der Bundesregierung ist ein Digitalpakt 2.0 bis 2030. Weltweite Krisen und der russische Angriffskrieg haben dieses jedoch ausgebremst und finanzielle Spielräume verkleinert. Der Haushaltsentwurf der Bundesregierung sieht keine Anschlussfinanzierung vor, die Beratungen im Parlament laufen. Dennoch sind das Bundesfinanz- und Bundesbildungsministerium weiterhin in der Pflicht, Gelder zur Verfügung und erfolgreiche Verhandlungen mit den Ländern sicherzustellen. Denn: Wir dürfen den Blick nach vorne nicht aus den Augen verlieren. Ein langfristiges Finanzierungskonzept für die digitale Transformation von Deutschlands Schulen muss Teil dieses Weitblicks sein.

Doch mittlerweile drängt die Zeit. Das Förderprogramm läuft im Mai 2024 aus und bislang ist die Anschlussfinanzierung nicht gesichert. Die Folge gescheiterter Verhandlungen wären immense Kosten für öffentliche Schulträger für Infrastruktur, Neuanschaffungen, Reparaturen und Lizenzen.

Aus diesem Grund fordert eine Allianz unter anderem aus Lehrkräften, Eltern, Schulträgern und Digitalwirtschaft von Bund und Ländern:

1. Öffentliche Zusicherung einer Anschlussfinanzierung für den DigitalPakt Schule ab 2024 durch Bund und Länder.
2. Zeitnahe Aufnahme der offiziellen Bund-Länder-Verhandlungen für ein Nachfolgemodell des DigitalPakt Schule.
3. Ausarbeitung eines langfristigen Finanzierungsmodells, welches mindestens eine Milliarde pro Jahr bis mindestens 2030 zur Verfügung stellt.
4. Einbeziehung von Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften, Eltern, Schulträgern, Bildungsexpertinnen und -experten sowie Digitalwirtschaft in die Beratungen für ein langfristiges Finanzierungsmodell zur Digitalisierung von Schulen.

Für die Zukunftsfähigkeit von Deutschlands Schulen. Für einen Digitalpakt 2.0.

Berlin, 01. Dezember 2023